

Vorschlag zum Attac Herbststratschlag 20. bis 22. Oktober 2017 in Frankfurt

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben!

Beschluss: „Attac thematisiert im Rahmen seiner friedenspolitischen Aktivitäten im kommenden Jahr die geplante Erhöhung des Wehretats in Deutschland und kritisiert insbesondere die Forderung nach einer Anhebung des Richtwertes auf 2% des Bruttoinlandsprodukts, wie dies für die NATO Mitgliedsstaaten beabsichtigt ist.“

Begründung: Mit einer Fokussierung auf die gesteigerten Rüstungsausgaben in Deutschland können wir zum einen die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Kritik an der Militärpolitik der Bundesregierung aufgreifen und zum anderen direkt die deutsche Rüstungspolitik im Rahmen der Nato angreifen.

Bei der Begründung der Ablehnung steigender Militäretats wären folgende Aspekte wichtig:

- Die Rechtfertigung von Kriegen in der Öffentlichkeit hinterfragen: Was ist aus dem „Krieg gegen den Terror“ nach 16 Jahren geworden? Keines der damit verbundenen Ziele wurde erreicht, der zunächst auf Afghanistan beschränkte Konflikt wurde inzwischen massiv ausgeweitet, mit den bekannten katastrophalen Folgen.
- Die wirkliche Rolle der angeblichen „Friedensmacht Europäische Union“ darstellen: Sie unterscheidet sich in ihrer Handels-, Ressourcen- und Umweltpolitik keineswegs von den USA und trägt damit ebenfalls weltweit massiv zu den Kriegsursachen bei. Deren militärischen Ambitionen wurden bereits vor Trump deutlich und ihr Zynismus zeigt sich nicht zuletzt in der Abschottungs- und Abschiebepolitik gegenüber Geflüchteten.
- Die Verknüpfung von Handelspolitik, Globalisierung und Krieg verdeutlichen, die erforderlichen Maßnahmen zur Verwirklichung der Beschlüsse des Pariser Klimaabkommens als Minimalziele vertreten und die Umsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik vorantreiben